



Positionspapier der Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz ***"Demokratie und Polizei - wir brauchen einander!"***

Vorbemerkung

Seit ihrer Gründung im Jahr 1950 setzt sich die Gewerkschaft der Polizei mit der "Inneren Verfasstheit" der Polizei auseinander. Leitgedanke war und ist eine demokratische und Bürger orientierte Polizei.

In ihrer Satzung führt sie hierzu aus:

"Die GdP bekennt sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie lässt sich in ihren Zielsetzungen und ihrer Arbeit leiten von den demokratischen Prinzipien und von den Grundrechten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind, für deren Verwirklichung sie aktiv eintritt. Die GdP setzt sich für den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ein. Undemokratische Bestrebungen jeder Art lehnt sie ab."

Die menschenverachtenden Erfahrungen mit der Polizei im Nationalsozialismus sind uns heute noch präsent. Wir setzen uns mit unserer Historie auseinander und dies ist in Anbetracht der Aufgaben, die der Staat der Polizei mit dem Grundgesetz übertragen hat, insbesondere der Übertragung des Gewaltmonopols, zwingend und fortlaufend erforderlich.

Die GdP Rheinland-Pfalz hat im November 2019 im ehemaligen KZ in Osthofen eine Veranstaltung unter dem Motto „*Polizei und Demokratie – wir brauchen einander!*“ durchgeführt. Dabei ging es darum, die Rolle der Polizei in der NS-Zeit im Verhältnis zur heutigen Zeit zu beleuchten. In regelmäßigen Abständen führt die GdP Rheinland-Pfalz Gedenkfahrten durch. Wir fördern durch unsere Arbeit eine positive und lebhaftere Gedenkkultur.

Ohne Zweifel können wir heute mit Stolz sagen, dass es die DNA einer modernen Bürgerpolizei ist, dass sie an Recht und Gesetz gebunden ist und dass sie dabei stets demokratisch ausgerichtet ist.

Die personalvertretungsrechtliche Mitbestimmung und die Tatsache, dass eine so große Anzahl von Polizeibeschäftigten gewerkschaftlich organisiert ist, zeigen, dass es gerade im Innenverhältnis einer hierarchischen Organisation erforderlich ist, selbstbestimmt mitgestalten und mitbestimmen zu dürfen.

Eine aktuelle Umfrage von Infratest dimap im Auftrag von Report München belegt erneut, dass die Deutschen großes Vertrauen in die Polizei haben und sich mehr Rückhalt für die Polizistinnen und Polizisten wünschen (Quelle: Tagesschau, 04.08.2020, 17:12 Uhr). 82 % der Bürgerinnen und Bürger haben Vertrauen oder großes Vertrauen in die Polizei.

Problemaufriss

Der Fall George Floyd hat viele Diskussionen über die Polizei in Deutschland und in der Folge auch über die Polizei in Rheinland-Pfalz ausgelöst. Studien zu „Rassismus in der Polizei“, zu „Diskriminierung in der Polizei“ oder „Racial Profiling“ oder „Einstellungen von Polizeibeamten“ oder zu „Resilienz von Polizeibeamten gegen Rechtsextremismus“ oder zu „Gewalt durch Polizeibeamte“ werden derzeit in den Medien und in der Politik öffentlich diskutiert.

Reflexartig sprangen Parteien, Medien und Nichtregierungsorganisationen auf diesen Themenzug. Mit der Empörung um das Berliner Antidiskriminierungsgesetz hat auch in Rheinland-Pfalz solcher Diskussionsstoff Aufwind bekommen. Fragen werden gestellt: Haben wir ein Rassismusproblem in der Polizei? Brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz, das Menschen vor Herabwürdigungen durch Amtsträgerinnen und Amtsträger schützt? Gibt es ein sogenanntes „Racial Profiling“ in der Polizei und braucht es eine Studie, um diese „Vermutung“ zu untersuchen?

Anlässe für die aktuellen Diskussionen gibt es der Tat mehrere (Vorwürfe im Kontext des NSU-Ermittlungskomplexes, Vorfälle rund um die Polizei in Hessen zu NSU 2.0, etc.), aber offensichtlich sind sie so unterschiedlich, dass nicht klar ist, was wirklich untersucht werden soll und worum es im Grunde geht. Aktuell gewinnen wir als Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz den Eindruck, es ginge nur um politische Aufmerksamkeit oder darum, dass sog. „mediale Sommerloch“ zu füllen, nicht aber um die Aufhellung von möglichen Problemstellungen. Die Schlagzeile scheint zu zählen.

Ein Großteil der Diskussionen nahmen ihren Lauf, als die menschenverachtende Berichterstattung der „Tageszeitung“ (taz) „Abschaffung der Polizei – all cops are berufsunfähig“ erschien. Wir Polizistinnen und Polizisten wurden dort (und werden noch immer) entmenschlicht und mit „Müll“ gleichgesetzt. Strafanzeigen wurden gestellt und Beschwerden beim Deutschen Presserat eingereicht (auch durch den Landesbezirk Rheinland-Pfalz). Die resultierenden Reaktionen verdeutlichen den Bedarf nach Differenzierung.

Die Folgen sind immens!

Wir – als die in der Polizei Beschäftigten – sind Betroffene einer Diskussion. Wir fühlen uns unter „Generalverdacht“. Diese emotional geführten Verbalschlachten und Abwehrreaktionen führen zu Verunsicherungen in der Bevölkerung und in den Reihen der Polizeibeschäftigten selbst. Was dürfen wir noch? Haben wir für unseren schweren Auftrag noch eine demokratische Rückendeckung in Politik und Gesellschaft? Die unverantwortlich geführten Diskussionen führen zu einem Ansehens- und Vertrauensverlust in die Polizei. Sie

zwingen die Polizei, sich zu rechtfertigen und destabilisieren die Innere Sicherheit. Seit diese Diskussionen öffentlich und angeheizt geführt werden, vergeht kaum ein Dienst ohne Widerstände, Beleidigungen oder durch unhaltbare Beschwerden von all denjenigen, die meinen, die besseren Polizistinnen oder Polizisten zu sein.

5% der im Auftrag von Report München durch Infratest dimap Befragten geben an, dass „Rassismus in der Polizei ein sehr großes Problem sei“. 26% vertreten die Auffassung, dass „dies ein großes Problem sei“. Somit ist ca. 1/3 der Befragten der Auffassung, die Polizei habe ein Problem mit Rassismus (Quelle: Tagesschau; 04.08.2020, 17:12 Uhr).

Eine offene, bunte und vielfältige Gesellschaft muss sich mit kritischen Stimmen auseinandersetzen. Unsere Demokratie lebt von ihrem gesellschaftlichen Pluralismus, von Meinungsvielfalt und davon, sich mit dieser kritisch auseinander zu setzen. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Polizei.

Die heftige Empörung – insbesondere nach den „NSU 2.0-Vorwürfen“ – und das Chaos in der ersten Diskussion sind genauso normal, wie in der ersten Phase einer Katastrophe oder Krise.

Gewerkschaftliche Positionen der GdP Rheinland-Pfalz

1) Sachlichkeit in der Debatte

Ob wir das wollen oder nicht, die emotionale Debatte hat uns erreicht. Diese muss zum Schutz aller aufbereitet werden. Hierbei sind Transparenz und Offenheit in die Bevölkerung, aber auch im Innenverhältnis, besonders wichtig.

Die GdP Rheinland-Pfalz fordert ein Ende der „Polarisierungswut“, Sachlichkeit, eine konstruktive Auseinandersetzung mit den aktuellen Themen und Vernunft bei allen an der Diskussion Beteiligten.

2) Fachliche Expertise

In der aktuellen Diskussion kommen viele Akteurinnen und Akteure, wie z.B. Nichtregierungsorganisationen, politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Polizeikritikerinnen und Polizeikritiker und andere zu Wort. Was fehlt, sind neben uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die weiteren Expertinnen und Experten aus der Polizei selbst.

Die meisten Polizistinnen und Polizisten in Deutschland verfügen heute über eine akademische Ausbildung, über Diplom-, Bachelor- oder Masterabschlüsse. Nicht wenige der Kolleginnen und Kollegen haben zudem mehrere akademische Abschlüsse oder auch eine Promotion. Dies wird in der aktuellen Diskussion nicht wahrgenommen oder unterschlagen. Der Polizei wird dabei oftmals ein „rückständiges Bild“ bescheinigt.

Dabei sind es doch gerade die Polizistinnen und Polizisten, aber auch die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in der Bevölkerung das höchste

Vertrauen genießen. Unsere Kolleginnen und Kollegen vermissen in der aktuellen Debatte die Stimmen derer, die hier – neben vielen anderen Meinungsmachern – eine fachliche Expertise aufzuweisen haben.

Aus diesem Grund fordert die GdP Rheinland-Pfalz eben diese Expertinnen und Experten zu Wort kommen zu lassen. Deren Meinung ist für die sachliche Debatte wichtig.

3) **Forschung**

Bedingung dafür gehört zu werden, aber auch anerkannt zu werden, ist es, Anschluss an die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den aus den aktuellen Themen resultierenden Herausforderungen zu finden. Aus diesem Grund braucht die Polizei Forschung. Diese Annahme ist nicht neu. Die GdP Rheinland-Pfalz begreift Bildung in der Polizei als einen Wert. Bildung ist dabei auf mehrere Säulen aufgebaut und umfasst neben dem Erlernen von Wissen auch Persönlichkeitsentwicklung und -förderung und vor allem Forschung in der Polizei. Die GdP entfaltet hierzu – bundesweit – Anstrengungen; stets ist Rheinland-Pfalz dabei vorbildhaft vertreten.

Dennoch sind Verwaltungshochschulen und auch die Hochschule der Polizei abgeschnitten von Bildungsoffensiven im Bereich der allgemeinen Hochschulen. Während gerade Milliarden in die schulische und universitäre Bildung fließen, profitieren die internen Hochschulen der Innenministerien nicht von den zahlreichen Bildungsinitiativen (z.B. Hochschulzukunftsgesetz und Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz, Innovative Hochschule, Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung). Diese Abkopplung von Förderprogrammen wird durch die GdP Rheinland-Pfalz seit Jahren mit Sorge gesehen. Aus diesem Grund wurden im Rahmen des 23. Ordentlichen Landesdelegiertentages 2018 ein Leitantrag und ein Beschluss über die Zukunft der Bildungsarbeit der Polizei Rheinland-Pfalz gefasst, indem es im Schwerpunkt auch um die Zukunft der HdP und um die dringende Notwendigkeit von Forschung geht.

Zukunftsfähig ist nach Auffassung der GdP eine Polizei, die durch gute Bildung in der Lage ist,

- auf Augenhöhe mit allen gesellschaftlichen relevanten Gruppen zu kommunizieren und die von den Bürgerinnen und Bürgern Wertschätzung und Unterstützung erfährt,
- ihre gesellschaftliche Rolle als Konfliktmanager wahrzunehmen,
- schwierige und herausfordernde Ermittlungsarbeit zu leisten und Einsatzlagen zu managen sowie
- ihre Ressourcen (gerade in haushaltsschwachen Zeiten) effizient einzusetzen.

Bildung ist der kritische Faktor für Erfolg, Qualität und Anerkennung der Polizei.

Wir wollen mit wissenschaftlichen Methoden in relevanten Fragen der Polizei forschen, neue Erkenntnisse generieren, Antworten finden und diese mit Forscherinnen und Forschern anderer Hochschulen und Universitäten diskutieren, weiterentwickeln und interdisziplinär beleuchten.

Polizeiwissenschaft muss Anerkennung finden. Wir brauchen gerade in der aktuellen Debatte eine empirische Basis. Fakten statt populistisch vorgetragenen Pauschalisierungen und „Unfehlbarkeitsbeurkundungen“, die gleichzeitig den Beleg dafür liefern, dass wir eine demokratische, vielfältige und rechtsstaatliche Bürgerpolizei sind. Nur solche wissenschaftlich erhobenen Erkenntnisse aus der Polizei, deren Abgleich mit anderen Studien oder Disziplinen und der qualifizierte wissenschaftliche Austausch, bieten Ansätze zur Weiterentwicklung der Polizei. Wir brauchen einen Prozess, den wir aktiv unterstützen müssen, wenn wir bei den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin ein großes Vertrauen genießen wollen. Wir wollen als Institution Polizei in der Sicherheitsarchitektur des Staates auch weiterhin die entscheidende Rolle spielen und dass die Menschen uns vertrauen.

Aus diesen Gründen fordert die GdP Rheinland-Pfalz ein umfassendes interdisziplinäres Forschungsvorhaben, in welchem

- **Belastungsfaktoren des alltäglichen Dienstes umfassend identifiziert und beschrieben werden,**
- **Auswirkungen dieser Belastungen auf Frustration und Zufriedenheit erhoben und bewertet werden,**
- **Frustrationstrends und Zufriedenheitswerte erhoben werden und bewertet wird, wie sich diese auf die alltägliche Arbeit im Innen- und Außenverhältnis auswirken,**
- **Identifizierung von Faktoren, die eine rechtsstaatliche Fehlerkultur fördern, sowie den Verdacht falsch verstandenen „Wir-Gefühls“ und rechtswidrigen Polizeihandeln verhindern,**
- **die daraus resultierenden nötigen Reformüberlegungen ergebnisoffen herausgearbeitet und umgesetzt werden.**

4) Ein rheinland-pfälzischer Weg

Die Polizei genießt in der Bevölkerung sehr hohes Vertrauen und verfügt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht über „Brandherde“, wie z.B. die aktuellen Vorwürfe im Zusammenhang mit dem „NSU 2.0“ in Hessen. Insofern lassen sich die Länder untereinander auch nicht in allen Fragen miteinander vergleichen. Zudem hat die Polizei in Rheinland-Pfalz in den letzten mehr als 70 Jahren aus ihrer Geschichte gelernt. Sie hat mit der offenen Auseinandersetzung und Mitwirkung bei der Studie „Polizei und Fremde“ Mitte der 90-er Jahre bewiesen, dass sie offen, modern und reformfähig ist.

Bereits damals hat die Studie den Beleg dafür geliefert, dass die Polizei **keine strukturelle Fremdenfeindlichkeit** aufzuweisen hat. So war Fremdenfeindlichkeit kein systematisches Verhaltensmuster. Die Ursachen für fremdenfeindliche Übergriffe im Einzelfall lagen in: **Überlastung, Stress und Frust**.

Nach der Auswertung wurde in Rheinland-Pfalz die Kommission „Innere Führung“ gegründet.

Ihr erster Vorsitzender, der damalige Inspekteur der Polizei, Franz Kirchberger, formulierte in einem ersten Mitarbeiterbrief:

„Sie alle, die Sie die Erörterungen in den Medien über vermeintliches und tatsächliches Fehlverhalten in der Polizei, insbesondere zum Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit verfolgt haben, wissen, dass solche Diskussionen zu Ansehens- und Vertrauensverlust und damit letztlich zur Minderung des polizeilichen Einsatzwertes führen. Von daher ist eine offensive Auseinandersetzung mit dem Problem für jede Landespolizei selbst dann erforderlich, wenn sie – wie dies auch in Rheinland-Pfalz – festzustellen ist, nicht im Mittelpunkt der veröffentlichten Kritik steht.“

Besondere Aufmerksamkeit gebühre demnach der inneren Verfassung der Polizei auch wegen der offensichtlich weit verbreiteten – teilweise massiv spürbaren – Unzufriedenheit in ihren Reihen.

Seit dieser Zeit ist die Polizei Rheinland-Pfalz viele Wege gegangen und geht sie aktuell viele Wege. Unzählige Maßnahmen wurden und werden auf den Weg gebracht, u.a.:

- Die Einführung der zweitgeteilten Laufbahn und Etablierung eines dreijährigen Hochschulstudiums als Standard-Ausbildung für alle Polizistinnen und Polizisten,
- Einrichtung der Kommission „Innere Führung“, die insbesondere Maßnahmen zur Förderung des Führungsverhaltens geschaffen hat,
- Einstellung von Sozialen Ansprechpartnern in der Polizei,
- Einführung von Kriseninterventionsteams,
- Integration der Vermittlung und das Training von Interkultureller Kompetenz als Kernthema in Studium und Fortbildung,
- ständiges Bemühen um die Einstellung von Frauen, der Anteil der Anwärterinnen liegt derzeit bei circa 30 Prozent,
- Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern mit Migrationshintergrund,
- Einführung der Höheren Berufsfachschule „Verwaltung und Polizei“, um auch Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung den Einstieg in den Beruf Polizistin oder Polizist zu ermöglichen,

- Interkulturelle Dialoge mit Menschen mit Migrationshintergrund,
- Schaffung einer unabhängigen Polizeibeauftragten, die nur dem Parlament verpflichtet ist.

Wir stehen gerade vor derselben Herausforderung, wie Mitte der 90-er Jahre. Jetzt muss es darum gehen, die richtigen Schlussfolgerungen hieraus zu ziehen.

Die Haltung der GdP Rheinland-Pfalz hierzu ist eindeutig und klar:

- 1) Eine Studie zu „Racial Profiling“ oder „Rassismus in der Polizei“ brauchen wir nicht. Wir machen es anders: wir sind professionell und belegen den Menschen in unserem Land ihr Vertrauen in uns!
- 2) Wir setzen auf einen wissenschaftlichen Diskurs in und mit unserer Polizei, unserer Hochschule der Polizei und unseren Universitäten und Hochschulen im Land und ggf. auch darüber hinaus.
- 3) Wir bauen auf Sachlichkeit und sprechen uns gegen Populismus, hastige Aufmerksamkeit, Pauschalisierungen, Generalverdacht, aber auch gegen Heiligsprechung und Unfehlbarkeitsdogmen aus.
- 4) Inhalt und Methodik eines solchen Forschungsvorhabens müssen aus unserer Sicht gut vorbereitet, interdisziplinär aufgestellt sein und kann in verschiedenen Phasen laufen.
- 5) Wir fordern uns die Beteiligung aller Führungskräfte in der Polizei und aller Sparten und Ebenen ein.
Damit die Polizei, ihre Führungskräfte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Erfahrungen und ihre Expertise aktiv in einen wissenschaftlichen Diskurs einbringen können. Damit wir handlungsfähig bleiben, das hohe Vertrauen in die Polizei verteidigen und nicht ohnmächtig und passiv gegenüber Populismus und generellen Verdächtigungen bleiben.
- 6) Fragen, die uns bzw. den Polizeibeschäftigten, aber auch den Menschen in unserem Land wichtig sind, und deren Beantwortung konkrete Ansätze für Reformüberlegungen liefern, müssen gestellt werden. Zum Beispiel:
 - Wie hat sich die Polizei seit 1996 entwickelt?
 - Wo steht sie heute gut da und wo ist noch Handlungsbedarf?
 - Wo gibt es – insbesondere aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen – Herausforderungen, Kritik oder Verfehlungen? Wo liegen die Ursachen? Wie kann man diesem Befund entgegenwirken?
- 7) In ein solches Forschungsvorhaben müssen bei polizeiwissenschaftlicher Beteiligung unabhängige Expertinnen und Experten, Beraterinnen und Berater, Unterstützerinnen und Unterstützter, etc. eingebunden werden.

Was fordert die GdP konkret?

- 1) Das Votum der Ministerpräsidentin Malu Dreyer in der Öffentlichkeit, dass sie hinter und vor der Polizei steht und ihr die nötige Rückendeckung gibt, war aus unserer Sicht dringend notwendig. Nun fordern wir Ministerpräsidentin Dreyer auf, unter ihrer Leitung und unter Federführung des Innenministeriums im Kabinett noch in diesem Jahr (2020) dafür zu sorgen, dass die bereits seit Jahren diskutierte Forschungsstelle an der Hochschule der Polizei geschaffen wird. Wir fordern uns auch ein, dass diese mit qualifiziertem Personal besetzt wird und dass sie mit Forschungsmitteln ausgestattet wird.
- 2) Die Hochschule der Polizei muss ihre Kontakte in den universitären Raum nutzen und gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern von externen Hochschulen ein interdisziplinäres Forschungsvorhaben auf den Weg bringen.
- 3) Die Hochschule der Polizei dient hier als „Türöffner“ und wirkt aktiv von Beginn an bei diesem Forschungsvorhaben mit. Sie sorgt für die wichtige Expertise und die Akzeptanz in der Organisation.
- 4) Die geplante Forschung soll von Beginn an begleitet und beraten werden von einem unabhängigen Kuratorium, u.a. könnte hier die Polizei- und Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz mitwirken.

Welche Kosten werden diesbezüglich auf die Landesregierung zukommen?

- Personalstellen an der Hochschule der Polizei
- Forschungsbudget

Aber: Ein Einsatz, der sich lohnt!

Die GdP Rheinland-Pfalz ist sich sicher:

- 1) Eine rheinland-pfälzische Initiative, wie sie zu uns passt!
- 2) Eine Initiative, um der Frage nachzugehen, ob es einer Weiterentwicklung der Polizei bedarf!
- 3) Eine Initiative der Landesregierung unter Leitung der Ministerpräsidentin und der Federführung des Innenministers!
- 4) Eine Initiative, die von anderen Ressorts mitgetragen und aktiv unterstützt werden kann!
- 5) Eine Initiative, die fraktionsübergreifend getragen wird!
- 6) Eine Initiative, die innovativ und zukunftsgerichtet ist!
- 7) Eine Initiative, die Vorbild für viele Bundesländern und den Bund sein kann!
- 8) Eine Initiative, deren Kosten überschaubar sind!
- 9) Eine Initiative, die sich lohnt!

Ein **festgelegtes Ergebnis** vor Augen?

NEIN

Ein **Risiko** für die Politik und die Polizei?

NEIN

Eine **Chance**?

Auf jeden Fall!

*„Die rheinland-pfälzischen Polizistinnen und Polizisten verdienen es,
in Ruhe ihrer Arbeit nachgehen zu können!“*

(Sabrina Kunz, Landesvorsitzende der GdP am 28. Juli 2020)

Wertschätzung, Anerkennung, Gerechtigkeit
allen Polizeibeschäftigten gegenüber.

Darum geht es!